

Zeit für eine andere JU Berlin

Es wird Zeit, dass wir uns als JU Berlin inhaltlich breiter aufstellen, politischer und aktueller werden.

Es wird Zeit, dass wir unsere Aktionen kreativer gestalten und mit unseren Inhalten verbinden.

Es wird Zeit, dass wir uns besser koordinieren und unsere Kräfte bündeln.

Es wird Zeit, dass wir unsere Finanzen auf eine solide Grundlage stellen.

2009 und 2010 ist es Zeit für eine andere JU Berlin.

1. JU Berlin: jung, dynamisch und politisch!

Immer mehr junge Menschen kommen nach Berlin. Unter den 1,78 Millionen Zugezogenen seit 1991 sind eine Million zwischen 18 und 35 Jahren. Abzüglich der Weggezogenen bleibt ein Plus von 250.000 jungen Frauen und Männern. Berlin ist eine sehr junge Stadt, junge Themen kommen hier an: Schule, Universität, Ausbildung, Praktika, Berufseinstieg und Familiengründung. Die jungen Berlinerinnen und Berliner wollen informiert werden, sie wollen mit diskutieren und mit gestalten. Berlin ist nicht nur jung, sondern auch vielseitig. Die Gleichmacherei von Rot-Rot, beispielsweise in der Schulpolitik durch das Projekt Einheitsschule, wird den unterschiedlichen individuellen Lebensvorstellungen der Jugendlichen dieser Stadt nicht gerecht. Wir sind für einen Staat, der schlank ist, der sich nicht einmischt, wo es unnötig ist, der die Menschen zur Eigenverantwortung ermutigt und nur jene auffängt, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Großstädte wie Berlin leben vom jungen und kreativen Individualismus. In sechs der zehn größten deutschen Städte stehen CDU-Oberbürgermeister an der Spitze: in Hamburg und Köln, Frankfurt/Main und Stuttgart, in Essen und Düsseldorf. Der Wunsch nach freier, individueller Entfaltung ist nicht links.

Es wird Zeit, dass die Junge Union Berlin die Nachfrage nach Alternativen bedient. Wir sollten Lösungswege entwickeln, die unserer Politik entsprechen. Die Kreisverbände arbeiten bei geselligen Veranstaltungen gut miteinander, dieses muss in Zukunft auch für die gemeinsame Arbeit an politischen Inhalten gelten. Die Balance zwischen Geselligkeit und Inhalt, also zwischen „politischem“ und „Jugend“-Verband, ist uns abhanden gekommen. Der Landesverband muss häufiger Gelegenheiten schaffen, bei denen sich Mitglieder zu politischen Positionen äußern und diese formulieren können. Ein Beispiel: Im zweijährigen Prozess der CDU Berlin zur Positionierung in der Bildungspolitik bringt sich die Junge Union Berlin zu wenig ein. Wir haben Anträge zum dreigliedrigen Schulsystem, zur Wahlfreiheit, zu Freien Schulen, zu praxisorientiertem Unterricht ausformuliert, die wir deutlich besser, gezielter und lauter kommunizieren müssen. Wir hätten darauf pochen sollen, bei der Masterkommission Bildung als Vertreter der Jugend mit am Tisch zu sitzen. Grundsätzlich gilt es, unsere Positionen und Meinungen in den jeweiligen Gremien wieder selbstbewusster zu vertreten.

Das Thema Generationengerechtigkeit haben wir auf der letzten Landeskonferenz diskutiert. Wir haben in unserem Leitantrag langfristige Entschuldung, Investitionen in Bildung, Forschung und

Infrastruktur, Bekämpfung von Kinderarmut und eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik gefordert. Aus solchen Positionierungen können wir gemeinsam mit unseren Mandatsträgern Anträge für das Abgeordnetenhaus und den Bundestag formulieren oder Ideen auf den Deutschlandtag der Jungen Union weiter tragen.

In anderen Bereichen fehlen uns derartige Positionierungen. Wir sollten vor allem die Jugendpolitik viel stärker in den Fokus rücken. Hier hat der Senat echte Gestaltungsmöglichkeiten, die er ungenutzt lässt. Über 100 Jugendeinrichtungen wurden in Berlin in den letzten Jahren geschlossen, 40 Prozent der Mittel für die Hilfen zur Erziehung gekürzt und die Sportförderung vernachlässigt. Die zunehmende Brutalisierung der Jugendgewalt in unserer Stadt ist ein drastisches Zeichen einer verfehlten Jugendpolitik des amtierenden Senats.

Auch Integrationspolitik geht Jugendliche etwas an. Die Vielfalt Berlins an unterschiedlichen Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen, Kulturen und Religionen ist ein Markenzeichen unserer Stadt. Die Junge Union setzt sich für eine Integrationspolitik ein, die Parallelgesellschaften verhindert, statt von Multi-Kulti zu träumen, frühkindliche Sprachförderung verlangt und ein Bekenntnis zu unseren Werten voraussetzt. Weltoffenheit und Toleranz sind Tugenden der bürgerlichen Jugend und keine Erfindung von Linken oder Linksradikalen.

Zur Inneren Sicherheit müssen ebenfalls Positionen erarbeitet werden. In den Schulen, Schwimmbädern und U-Bahnen Berlins sind es vor allem Jugendliche, die sich zunehmend unsicher und bedroht fühlen. Die Junge Union steht für Null-Toleranz gegenüber Kriminalität und eine Umkehr des Abbaus bei Polizei, Justizvollzug und Feuerwehr. Wir fordern eine Überwachung zentraler Plätze zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger, auch wenn das keine endgültige Lösung sein sollte. In einigen Reiseführern steht bereits explizit, dass die S-Bahnen östlich des Ostkreuzes von Touristen gemieden werden sollten. Beim Thema Innere Sicherheit hat der Senat zu viel gespart.

Das Interesse an den Planungen zum Gelände des Flughafen Tempelhofs zeigt nicht nur, dass der Senat immer wieder in der Investitionspolitik versagt. Es wird auch deutlich, dass junge Berlinerinnen und Berliner auch in der Stadtplanung und der Gestaltung des öffentlichen Raumes mitreden wollen. Wir brauchen eine inhaltliche Diskussion in der JU Berlin zu aktuellen stadtplanerischen Konzepten. Wir können unabhängig von Interessengruppen dazu beitragen, dass sinnvolle Verbindungen zwischen neuen Investoren und dem berlintypischen Kiezleben entstehen.

Um auf all diese inhaltlichen Bedürfnisse besser und zeitnaher reagieren zu können, sollte die Arbeit des Landesvorstandes politischer werden. Die Sitzungen des Landesvorstandes könnten mit einem politischen Rundgespräch beginnen. Die Ergebnisse, Anregungen und Diskussionen werden dann in die Kommissionen weitergegeben oder als Pressemitteilungen verarbeitet. Die Hauptlast der organisatorischen Entscheidungen trägt der geschäftsführende Landesvorstand, der häufiger tagt. Die Kommissionen koordinieren sich noch enger mit den Kreisverbänden. Ein monatlicher

Newsletter des Landesverbandes informiert darüber, in welchem Kreisverband die jeweiligen Kommissionen zu Gast sind. Das spart den Kreisverbänden Organisationsarbeit. Um die bereits angesprochene Kommunikationswirkung zu erhöhen, bringt jede Kommissionssitzung einen Antrag und eine Pressemitteilung hervor. Um die Kräfte zu bündeln, sollte es vier feste Kommissionen geben zu den Bereichen Bildung, Innere Sicherheit, Jugend und Wirtschaft. Eine weitere Kommission behandelt verschiedene Themen wie Generationengerechtigkeit, Integration, Stadtplanung und Kultur.

2. JU Berlin: aktiv und koordiniert!

Durch Aktionen erreicht man Reaktionen. Die Junge Union kann durch spontane, kreative, ausgefallene und provokante Aktionen die Schlaglichter Berlins auf ihre Inhalte lenken. Wir müssen uns mehr trauen als die CDU Berlin. Die Verbindung von Inhalten mit Aktionen ist in der hastigen Medienlandschaft der Hauptstadt überlebenswichtig und die berühmte „Kampagnenfähigkeit“ ist für Erfolge im Superwahljahr 2009 entscheidend. Ein denkbare Beispiel für eine solche Verbindung könnte entstehen, wenn wir die Forderung nach Public Private Partnerships (PPP) aus dem aktuellen Leitantrag selbst umsetzen und helfen, eine PPP an einer Schule oder KITA zu organisieren.

Im letzten Jahr hat im Rahmen einer gemeinsamen Aktion der Berliner Kreisverbände ein Canvassing auf der Kastanienallee in Prenzlauer Berg stattgefunden. Fünfzig ehrenamtlich engagierte Jugendliche hinterließen einen dynamischen Eindruck. Solche geballten Canvassings sollten öfter stattfinden und vom Landesverband koordiniert werden. Im Bundestags- und Europawahlkampf werden die Kandidaten regelmäßig von einem landesweiten JU-Team unterstützt. Natürlich bilden die Kreisverbände auch eigene Kandidaten-Teams, aber jeder Kandidat kann zweimal im Wahlkampf mit der Unterstützung der JU Berlin bei einer (gemeinsamen) Veranstaltung rechnen. Zudem könnte ein eigenes Wahlkampfmobile der JU mit Materialien und einer Mikrofonanlage zur Unterstützung von Joachim Zeller im Europawahlkampf organisiert werden. Der Landesverband kann Werbemittel in großer Stückzahl zu günstigen Preisen organisieren. Auch außerhalb der Wahlkampfzeit ist ein regelmäßiges Berlin-Canvassing sinnvoll.

Zur Jungen Union gehören auch Skat- oder Fußballturniere, Partys, Musikfestivals, Kinonächte oder Studienreisen. Hier haben wir bereits vieles auf die Beine gestellt, aber wir können auch neue Wege gehen um aufzufallen. Die Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Veranstaltern bietet eine Menge Spielraum im doppelten Sinne des Wortes.

Die Hamburgfahrt einiger JU Kreisverbände im Februar hat gezeigt, dass solche Fahrten auch kreisverbandsübergreifend funktionieren. Klausurfahrten des Landesvorstandes könnten offener gestaltet werden, so dass aus jedem Kreisverband mehrere aktive Mitglieder zusätzlich mitfahren können.

Es muss auch Aktionen im Internet geben. Die Chancen der neuen Medien müssen genutzt werden. Unsere Zielgruppe nimmt Informationen heute nicht mehr allein über die Printmedien auf. Daher müssen wir im „www“ stärker vertreten sein. Youtube, StudiVZ, Myspace und Flickr bieten tolle Möglichkeiten und sind dazu noch kostenneutral. Beispielsweise ein Imagefilm oder eine Serie von kleinen JU-Spots auf You-Tube oder unserer eigenen Seite kann gleichzeitig Mitglieder motivieren und neue Interessenten anziehen. Dies sind nur zwei von zahlreichen Möglichkeiten.

Über Aktionen lassen sich auch Kontakte knüpfen und pflegen. Die Initiative gegen Scientology in Charlottenburg im Herbst 2008 zeigt, dass so die Zusammenarbeit mit anderen politischen Jugendverbänden am einfachsten ist. Gemeinsame Aktionen sollten mit den Jugendverbänden der Oppositionsparteien, den JuLis und der Grünen Jugend, auch vermehrt bei aktuellen landespolitischen Themen möglich sein.

3. JU Berlin: organisatorisch und strukturell erneuert!

Noch vor zehn Jahren hatte die Junge Union Berlin mit mehr als 6.000 Mitgliedern die Möglichkeit, innerhalb der CDU der sprichwörtliche „Motor der Partei“ zu sein. Nicht der stark steigende Benzinpreis, aber die stetig sinkenden Mitgliederzahlen haben diesen röhrenden Motor fast verstummen lassen. Nur noch ganze 2.400 Mitglieder sind übrig. Auch die Zahl der aktiven Mitglieder ist gesunken und die Anwesenheit im Landesvorstand und den Kreisvorständen zeigt, dass wir es nicht mehr schaffen, junge Menschen mittel- und langfristig für politische Arbeit zu begeistern und an uns zu binden. Die Flexibilisierung, der Leistungsdruck und die Konkurrenz attraktiver Angebote der Großstadt im Leben der Jugendlichen sind nur einige der Gründe hierfür. Um handlungsfähig zu bleiben, muss sich unsere Struktur an die veränderten Bedingungen anpassen. Strukturelle Veränderungen sollten von einer breiten Mehrheit getragen werden und brauchen daher längere Diskussionsprozesse. Die folgenden Punkte sollen als Anregungen für eine mögliche Satzungs- und Strukturkommission dienen.

Der derzeitige Ablauf der Kreisvorsitzendenrunden ist unbefriedigend. In einer knappen Stunde werden gehetzt alle aktuellen Projekte aufgezählt oder die Termine der insgesamt neun Weihnachtsfeiern angekündigt. Der Landesvorstand startet im Anschluss, ohne das ein Austausch vorgesehen ist. Die Kreisvorsitzenden sollten enger in die Arbeit des Landesvorstandes integriert werden. Gerade bei häufigen Fehlen der gewählten Landesvorstandsmitglieder können aktive Kreisvorsitzende wertvolle Hilfe leisten. Es sollte daher diskutiert werden, ob die Kreisvorsitzenden nicht an jedem zweiten Landesvorstand im Rahmen eines „erweiterten Landesvorstandes“ teilnehmen sollten. Bei kleineren Kreisverbänden (unter 125 Mitgliedern) könnte es sinnvoll sein, dass die Kreisvorsitzenden in den Landesvorstand gewählt beziehungsweise kooptiert werden. Dies ist vor allem wichtig für die Unterstützung der Ost-Kreisverbände.

Um die Vernetzung des Landesvorstandes mit den Mitgliedern zu erhöhen, sollten sich die Landesvorstandsmitglieder verpflichten, zwischen zwei Sitzungen mindestens ein Mal einen anderen Kreisverband als den eigenen zu besuchen. Dies kann im Rahmen einer

Kommissionssitzung, einer Aktion oder eines Jour Fixes geschehen. Zur besseren Mitgliederpflege sollte es zudem eine jährliche Mitgliederversammlung der Jungen Union Berlin geben, inklusive inhaltlicher Diskussion und Abstimmung zu Themen. Dies kann beispielsweise ein mitgliederoffener Landesausschuss sein.

Bei der Auswahl der Landesvorstandsmitglieder sollten andere Kriterien als bisher in den Vordergrund rücken. Es muss gewährleistet sein, dass sich ein produktives Team bildet. In der Vergangenheit haben Kreisverbände oft „altgediente“ Mitglieder, deren Schwerpunkt der politischen Arbeit bereits in der CDU oder in den Bezirksparlamenten lag, in den Landesvorstand entsandt. Ein gesunder Mix aus solchen erfahrenen Kräften, aber auch jungen Hoffnungsträgern, ist anzustreben. Dies kann nur durch eine bessere Koordinierung im Vorfeld der entscheidenden Landeskonferenz geschehen. Natürlich kann kein Kandidat für den Landesvorsitz den Kreisvorsitzenden „empfehlen“, wer nominiert wird. Dennoch sollte es möglich sein, dass sich die Kreisvorsitzenden mit dem amtierenden Landesvorsitzenden und den Kandidaten in einer Wahlvorbereitungsrunde über das zukünftige Team absprechen. Die Erfahrungen mit der Arbeit des aktuellen Landesvorstandes machen ein solches Gespräch notwendig.

Kleineren Kreisverbänden (im Osten) sollte, analog zum Internetbaukasten, eine Newslettervorlage bereitgestellt werden. Hierbei kann auch ein berlinweit einheitliches Design entstehen. Auch die Pflege der E-Mail-Listen sowie die Versendung des Newsletters kann gegebenenfalls die Landesgeschäftsstelle übernehmen. Außerdem wird eine Zeitungsvorlage bereitgestellt. Die Pressemitteilungen der Kommissionen und der Landesvorstandsmitglieder können eine Hilfe für kleinere Kreisverbände sein.

4. JU Berlin: finanziert!

Die finanzielle Lage der Jungen Union Berlin ist Besorgnis erregend. Die Kürzung der Mitarbeiterstelle und die Erhöhung der Abgaben der Kreisverbände hat einige Entlastung gebracht. Verschiedene andere Faktoren haben aber dazu geführt, dass wir quasi zahlungsunfähig geworden sind. Ohne eine ausreichende finanzielle Grundlage lassen sich VIELE oben beschriebenen Ideen nicht verwirklichen. Wir müssen alles daran setzen, diese Grundlage wiederherzustellen. Kreativität, Ausdauer und Mut aller aktiven Mitglieder sind hier gefragt.

Sponsoring wird gezielt mit Aktionen verbunden. Der Landesverband kann sich leichter an Unternehmen wenden als einzelne Kreisverbände. Die Black-Is-Beautiful Partys sind ein gelungenes Beispiel für Event-bezogenes Sponsoring. Ähnliche Kooperationen müssen auch mit ausbildenden Unternehmen, Fahrschulen oder Finanzinstituten möglich sein. Wir brauchen ein offensiveres Zugehen auf Mittelständler in unserer Partei und auf frustrierte Unternehmer, die einen Politikwechsel in Berlin herbei sehnen. Wir müssen uns professioneller präsentieren und für unsere Aktionen mit detaillierten und attraktiven Konzepten werben. Im Rahmen meiner Kandidatur werde ich 1000 € von Sponsoren für die Junge Union werben, um für einen guten Start zu sorgen. Durch

die Herausgabe eines neuen JU-Magazins werden weitere Werbegelder für Anzeigendruck etc. folgen. Die Konsolidierung hat oberste Priorität.

Wir sollten auch wieder verstärkt um Fördermitgliedschaften werben. Mandats- und Funktionsträger der Berliner CDU hören zu wenig von uns. Die meisten der Berliner CDU-Politiker haben „früher“ eine Karriere in der Jungen Union hingelegt oder zumindest eine schöne Zeit in der JU gehabt. Ein Berliner Ehemaligen-Kongress, -Empfang oder -Ball böte die Möglichkeit, das Werben um Fördermitglieder mit einem Mehrwert zu verbinden. Zudem könnten auf unserer Webseite die ehemaligen Landesvorstände in einer eigenen Rubrik größere Würdigung erfahren.

Ende 2010 läuft unser Mietvertrag in der Wallstraße 14a aus. Eine kostengünstigere Lösung würde unser Budget erheblich entlasten. Hier muss ebenfalls intensiv nach Kooperations- und Sponsoringmöglichkeiten gesucht werden, so dass wir uns weiterhin eine Landesgeschäftsstelle leisten können. Möglicherweise können wir auch mit der CDU Berlin umziehen, dieses muss jedoch rechtzeitig besprochen und geplant werden.

Wir sind christlich-demokratisch und liberal, weil wir für die Grundrechte des Bürgers und seine Freiheit eintreten; sozial, weil wir uns für alle Menschen, vor allem für die Schwächeren, einsetzen; konservativ und fortschrittlich, weil wir Bewährtes nur durch Neues ersetzen wollen, wenn wir das mögliche Neue als besser erkannt haben. Wir wollen damit Motor einer ständigen Erneuerung in den Unionsparteien sein, sachpolitisch und personell. Es wird Zeit, diesen Motor wieder in Gang zu bringen. Es wird Zeit für eine andere Junge Union Berlin.

11 Punkte für die ersten 100 Tage:

1. Bildung eines handlungsfähigen Vorstandes
2. 10 Fördermitglieder in acht Wochen
3. Nutzung der neuen Medien bis zum Sommer
4. Schaffung einer Kommission zu satzungsändernden Fragen
5. Erste JUintern innerhalb von drei Monaten
6. Überarbeitung der Webseite innerhalb von drei Monaten
7. Landesausschuss zum Themenbereich Jugendpolitik
8. Fünf Pressemitteilungen in den ersten acht Wochen (Überarbeitung des Presseverteilers)
9. Ein Besuch bei einem großen mittelständischen Unternehmen
10. Black is Beautiful Party quartalsweise
11. Berlinweite Kampagne zum Europawahlkampf